

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

FABIAN WELT

Februar 2017

www.kas.de/suedafrika

Studentenproteste 2015, 2016 – und 2017?

Seit zwei Jahren stehen in Südafrika Studentenproteste auf der Tagesordnung.

Wie haben sie das Land geprägt? Was haben sie erreicht? Und wie wird sich die Bewegung im akademischen Jahr 2017 entwickeln, das soeben begonnen hat?

23. September 2016: Etwa hundert Studenten der größten Oppositionspartei Südafrikas, der Democratic Alliance (DA), haben sich auf dem Church Square im Zentrum Pretorias versammelt, um das Finanzministerium zu besetzen. Auf ihren Transparenten fordern sie „gratis Hochschulbildung für Arme“. Alles läuft genau nach Plan. Der Finanzminister Pravin Gordhan stellt sich den Protestierenden und erklärt, warum das Budget derzeit nicht mehr für Universitäten hergebe, anschließend verlassen die Demonstranten das Gebäude und feiern ihren Etappenerfolg.

Die DA ist bestens organisiert. Die Parteijuristen haben sichergestellt, dass niemand verhaftet werden konnte. Bei Fotos wird darauf geachtet, dass Männer und Frauen aller Hautfarben vertreten sind. Teilnehmende Studenten kriegen von der Partei ein Mittagessen zur Verfügung gestellt. Sie werden dazu angehalten, auf sozialen Medien das Wort „besetzen“ zu vermeiden, um die konservative weiße Mittelschicht, eine der wichtigsten Wählergruppen der DA, nicht zu verschrecken.

Am selben Ort, sechs Wochen später: Der Church Square und mit ihm das gesamte Zentrum der Hauptstadt sind in Rot gehüllt. Die linkspopulistischen Economic Freedom Fighters (EFF) haben einen „Day of Action“ ausgerufen. Mehrere Tausend Menschen in roten T-Shirts haben sich versammelt, um

gratis Hochschulbildung für alle (wohlgerne nicht nur für Arme), sowie den Rücktritt Präsident Jacob Zumas zu fordern. Es wird gesungen, geklatscht, getanzt und geschrien. Ein Restaurantbesitzer sperrt sein Lokal zu, als eine Gruppe von etwa fünfzehn Demonstranten am anderen Ende der Straße erscheint. Später werden Gebäude geplündert. Die Friedlichkeit und perfekte Organisation der DA sucht man hier vergeblich.

Die Methoden der unterschiedlichen Gruppen Protestierender sind verschiedenen, ebenso wie ihre Ideologien und Forderungen. Dennoch ist eines klar: Die junge Bevölkerung Südafrikas ist unzufrieden. Selbst wenn die Massenproteste ursprünglich von Studenten ausgingen, sind sich Vertreter von DA und EFF sowie Experten einig, dass es um viel mehr geht als Hochschulpolitik. Die „born free“ Generation ist unzufrieden mit der Langsamkeit der wirtschaftlichen und sozialen Transformation seit dem Ende der Apartheid.¹

Alles begann mit einer Statue

Wenn EFF Studentenführer Mosibudi „Rasse“ Rasethaba heute an den Beginn der Proteste vor zwei Jahren zurückdenkt, klingt er nahezu nostalgisch.² Damals seien Schwarze und Weiße unterschiedlicher Ideologien und sozialer Herkunft gemeinsam auf die Straße gegangen. Die öffentliche Meinung war noch aufseiten der Demonstranten gewesen. Medien, Professoren und selbst Regierungsmitglieder sympathisierten mit den Studenten.

Damals, im März 2015, begannen Studenten der prestigeträchtigen Universität von Kapstadt, für die Demontierung einer Statue des britischen Imperialisten Cecil Rhodes auf dem Campus zu demonstrieren (**#rhodesmustfall**). Wenig später stimmte die Universitätsführung zu, die Statue wurde entfernt.

Doch das war erst der Anfang einer Protestwelle, die schnell das ganze Land erfassen sollte.

Im Oktober desselben Jahres begannen Studenten in Johannesburg, für niedrigere Studiengebühren zu demonstrieren (**#feesmustfall**). Weitere Forderungen kamen schnell hinzu: Präsident Zuma solle zurücktreten (**#zumamustfall**) und Afrikaans solle als Unterrichtssprache abgeschafft werden (**#afrikaansmustfall**).

Doch die Diversifizierung der Forderungen ist nicht die einzige Entwicklung, die die Bewegung im Laufe der letzten zwei Jahre genommen hat. Die Demonstrationen wurden zunehmend gewalttätig. Kwena Moloto, Studentenführer der DA, führt das auf die Frustration der jungen schwarzen Bevölkerung zurück, deren Situation sich unter der Regierung des African National Congress (ANC) seit 1994 nicht ausreichend verbessert habe.³ Der Afrika-Korrespondent der französischen Tageszeitung *Le Monde*, der ebenfalls auf dem EFF „Day of Action“ zugegen ist, weist auf die Ideologie des „Toyi Toyi“ hin.⁴ In der Zeit des Widerstands gegen das Apartheidsregime hätte die Bevölkerung gelernt, dass ohne Gewalt nichts zu erreichen sei.

Rassie von den EFF scheint das zu bestätigen. Er ist der Meinung, dass die Menschheit noch nie irgendetwas Substantielles mit friedlichen Mitteln erreicht habe. Die Hauptursache für die Gewaltakte während der Proteste sei laut ihm jedoch der zunehmende Einsatz von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten auf Campussen. Für diese These erhält Rassie Zustimmung von verschiedenen Sozialwissenschaftlern. Zwischen Sicherheitsdiensten und Demonstranten entstehe ein Zyklus der Gewalt, während dem sich beide Seiten immer mehr ra-

dikalisierten.⁵ Adam Habib, Rektor der Witwatersrand Universität und einer der führenden Intellektuellen des Landes, kontert, dass er auf seinem Campus immer nur Sicherheitsdienste gerufen hätte, nachdem die Demonstranten gewalttätig geworden waren.⁶

Medien, Parteien und die Zersplitterung der Protestbewegung

Ein weiterer Trend der letzten zwei Jahre ist, dass die Zahl der teilnehmenden Studenten kontinuierlich gesunken ist. Das liegt unter anderem daran, dass die öffentliche Meinung zunehmend kritisch gegenüber den Protesten geworden ist. Rassie von den EFF beschuldigt dafür die Medien, die von denselben reichen Leuten kontrolliert würden wie die Universitäten. Kwena von der DA hält nicht viel von dieser These: Dieselben Medien, die 2015 #feesmustfall unterstützt hatten, hätten sich 2016 gegen die Bewegung gewandt, vor allem aufgrund der Gewaltausbrüche.

Als weiteren Grund für die sinkende Anzahl Protestierender nennt Rassie die Schärfung des ideologischen Profils der „Fallisten“. Dass nicht jeder diese Ideologie, die sich auf gratis Hochschulbildung und die „Dekolonialisierung“ von Universitäten konzentriert, unterstütze, sei der Preis, den man zu zahlen habe. Für Kwena ist das Gegenteil der Fall: die Bewegung habe sich unnötigerweise ideologisch immer weiter eingeeignet und so immer mehr Anhänger ausgeschlossen.

2016 war geprägt von zahlreichen Protesten unterschiedlicher ideologischer Positionen, soweit, dass man laut Prof. Christi van der Westhuizen, Authorin und Soziologin an der Universität von Pretoria, nicht von „Protestbewegung“ sondern von „Bewegungen“ sprechen sollte.⁷ Zu diesen gehören, unter anderem, anti-rassistische, schwarze feministische und LGBT Gruppen, in Konkurrenz mit schwarzen nationalistischen patriarchalischen Gruppierungen. Der Großteil dieser neuen, heterogenen politischen Klasse, die aus den Protesten entstanden ist, lege den Fokus auf die Inklusion marginalisierter Gruppen. Ein Teil sei aber auch durch anti-

demokratische Rhetorik aufgefallen. Anhänger dieser Gruppe täten so, als ob sie heute noch in einem Apartheid-Regime leben würden. Sie seien enttäuscht mit der Demokratie (ein weltweiter Trend, allerdings laut Prof. van der Westhuizen in Südafrika besonders besorgniserregend, da die Demokratie gerade einmal 23 Jahre alt ist). Anstatt alle Menschen einzuschließen, folge diese Gruppe einer engen Interpretation von Nationalismus und einer utopischen Version von Pan-Afrikanismus. Dies ist ein weiteres Indiz für die heterogene Natur der Protestbewegungen.

Innerhalb dieser Zersplitterung lässt sich ein weiterer Trend beobachten: der wachsende Einfluss politischer Parteien. Laut Prof. van der Westhuizen wollten sämtliche Parteien Profit von der Massenbewegung schlagen. Dieser Prozess, der 2015 begann, wurde im Laufe von 2016 konsolidiert.⁸ Vor allem die EFF konnten stark von den Protesten profitieren, was Rassie auf ideologische Ähnlichkeiten und Mobilisationskapazitäten zurückführt.

Aber die Parteien haben nicht nur die Protestbewegung beeinflusst, sondern auch umgekehrt. Kwena unterstreicht, dass die Demonstrationen die Hypokrisie des ANC aufgezeigt hätten, gleichzeitig aber auch die Jugend- und Studentenorganisationen der DA nach links drängten. Die EFF, auf der anderen Seite, hätten laut Rassie von der Dekolonisierungsbewegung gelernt, sich nicht nur von europäischen Denkern wie Karl Marx, sondern auch von nicht westlichen Philosophen wie Frantz Fanon oder Steve Biko beeinflussen zu lassen.

Erfolge und Misserfolge der „Fallisten“

Die protestierenden Studenten hatten viele Ziele. Das offensichtlichste davon, niedrigere oder keine Studiengebühren, wurde nicht erreicht. Zum mindesten aber wurden die Gebühren 2015 nicht erhöht und 2016 nur für Studenten aus reichen Haushalten. Präsident Zuma beauftragte eine Kommission damit, Modelle für leistbare Universitätszugang zu erstellen. Die Veröffentlichung eines Abschlussberichts wurde aber immer weiter vertagt, zuletzt auf Juni 2017. Fi-

nanzminister Pravin Gordhan kündigte an, dass das Budget für Hochschulbildung über die nächsten drei Jahre um 16 Milliarden Rand (ca. 1,1 Milliarden Euro) erhöht werden soll.⁹

Im Gegensatz zur Frage der Studiengebühren, die man unterschiedlich beurteilen kann, sind sich Rassie, Kwena und Prof. van der Westhuizen jedoch einig, dass die Proteste einen wichtigen Prozess der „Dekolonisierung“ auf Universitätsniveau eingeleitet haben. Auf nahezu allen südafrikanischen Hochschulen findet nun ein Prozess der Curriculumsreform statt. Prozeduren zu sexueller Belästigung und Rassismus werden ebenfalls überarbeitet. Reinigungs- und Sicherheitspersonal wurde von Universitäten angestellt, um sie vor der Vulnerabilität ausgelagerter Agenturen zu schützen. Die Universität von Pretoria hat zudem beschlossen, Afrikaans als Unterrichtssprache schrittweise abzuschaffen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob es Südafrika tatsächlich gelingt, eine nicht westlich orientierte, unabhängige Universitätskultur aufzubauen, und wie erfolgreich diese funktionieren würde.

Rassie weist darüber hinaus auf subtilere Veränderungen hin. Ihm fiel auf, dass schwarze Studenten aus armen, ländlichen Regionen sich nun aktiver und selbstbewusster in den Unterricht einbringen würden. Dieser Effekt gehe über die Universitäten hinaus: Selbst Schulkinder trauen sich nun, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen, wie zum Beispiel schwarze Mädchen, die es als rassistisch empfinden, dass sie auf der Schule bestimmte Haarschnitte nicht tragen dürfen.

Neue Debatten auf dem Tisch

Hochschulbildung wurde in Südafrika lange vernachlässigt. Das Budget für Tertiärbildung entspricht 0,74 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zum Vergleich: in Deutschland liegt der Prozentsatz bei 1,31 Prozent, in Südafrikas Nachbarländern sogar bei durchschnittlich 2,32 Prozent.¹⁰

Dank der Proteste genießt das Thema in der Öffentlichkeit nun die Aufmerksamkeit, die

es verdient. Die Politik wird die Anliegen von Studierenden in Zukunft ernst nehmen müssen. Rund um das Thema „Dekolonisierung“ der Universitäten wurden in Südafrika eine Debatte und ein Reformprozess angestoßen, die Länder in ganz Afrika und im globalen Süden inspirieren könnten.

Ein Erfolg der „Fallisten“ war laut Rassie die „Demystifizierung der Regenbognation“. Probleme, die nach Ende der Apartheid als Tabu galten, könnten nun wieder angesprochen werden. Darunter falle, unter anderem, das Thema Landreform, aber auch andere Aspekte der strukturellen Ungleichheit in Südafrika. Des weiteren seien die Proteste ein Beleg für die steigende Nachfrage nach Transparenz und guter Regierungsführung.

Damit liegen nun neue Debatten auf dem Tisch, die Südafrika in den nächsten Jahren prägen werden. Für Prof. van der Westhuizen geht es für die Generation der „born-frees“ um die Verwirklichung der Versprechen, die nach Ende der Apartheid gemacht wurden. In diesem Sinne fügen sich die Proteste in einen sozialen Kontext und eine politische Herausforderung ein, die weit über Hochschulpolitik hinausgehen.

Und 2017?

Laut Rassie wird 2017 ein entscheidendes Jahr für die Bewegung der „Fallisten“. Es gehe zum einen darum, die öffentliche Meinung zurückzugewinnen, zum anderen aber auch darum, die Unzufriedenheit der Studenten mit der Arbeinterschicht und der ländlichen Bevölkerung zu einer nationalen Protestbewegung zusammenzuschließen. Rassie ist Teil der nationalen Führungsebene der #feesmustfall Aktivisten. Auch wenn er nicht über Details sprechen kann, gibt er Teile der Strategie für 2017 bekannt: eine Charter über die Ideologie der „Fallisten“ soll verfasst werden; Proteste sollen aus den Universitäten heraus auf die Straßen getragen werden; und Studenten sollen sich gemeinnützig engagieren und die nichtakademische Bevölkerung über politische Themen aufklären. Allerdings befürchtet Rassie auch, dass Gewalt zunehmen wird. Je mehr

Druck der Staat spüren würde, umso heftiger würde er zurückschlagen.

Kwena sagt ebenfalls voraus, dass es wohl weiter zu Protesten kommen werde. Er glaubt jedoch, dass die Ideologie der „Fallisten“ mittlerweile zu viele Menschen und Interessen ausschließe, als dass die Bewegung wieder wachsen könnte.

Fazit: „Südafrika wurde dazu gezwungen, über sich selbst nachzudenken“

Noch ist es zu früh, um ein Fazit aus den „Must-Fall“-Protesten zu ziehen. Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre bergen Risiken und Chancen für Südafrika. **Zu den Risiken zählen ein Aufschwung von Populismus, steigende Gewalt, sinkende Kompromissfähigkeit und angespanntere Verhältnisse zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.**

Auch der wirtschaftliche Nutzen von erhöhtem Zugang zu Universitäten ist fragwürdig, da die Arbeitslosenquote unter Akademikern steigt. Was der südafrikanische Arbeitsmarkt derzeit benötigt sind mehr Absolventen von Berufsakademien oder Fachhochschulen, nicht von Universitäten.

Nichtsdestoweniger scheinen die Chancen zu überwiegen: mehr Zugang zu Universitäten für Jugendliche aus ärmeren Familien; reformierte, auf Südafrika zugeschnittene Curricula; mehr Aufmerksamkeit für die Interessen der nächsten Generation; mehr Selbstbewusstsein von lange Zeit marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Vor allem aber haben die Proteste neue Debatten aufgeworfen. Sie haben Arten von Diskriminierung thematisiert, die lange unerkannt geblieben waren. Damit wurde das Land, und vor allem die junge Generation repolitisiert, oder, um es mit Rassies Worten auszudrücken: „Die Proteste haben Südafrika dazu gezwungen, über sich selbst nachzudenken“.

¹ Vgl. Feltes, Tilman (2016): *Südafrikas „born-free“-Generation rebelliert*, zuletzt abgerufen am 20.1.2017 unter:
http://www.kas.de/wf/doc/kas_45200-1522-1-30.pdf?160525152345

-
- ² Semistrukturiertes Interview, geführt am
27.1.2017 in Pretoria
- ³ Semistrukturiertes Interview, geführt am
30.1.2017 in Pretoria
- ⁴ Gespräch mit Jean-Philippe Rémy fand im Zuge
des EFF "Day of Action" am 2.11.2016 in Pretoria
statt
- ⁵ Vgl. Duncan, Jane (2016): *Protest Nation: The
Right to Protest in South Africa*, Pietermaritzburg:
University of KwaZulu-Natal Press
- ⁶ Habib, Adam (2016): "The Politics of Spectacle –
Reflections on the 2016 Student Protests", Daily
Maverick, 5.12.2016, zuletzt abgerufen am
31.1.2017 unter:
<https://www.dailymaverick.co.za/article/2016-12-05-op-ed-the-politics-of-spectacle-reflections-on-the-2016-student-protests/>
- ⁷ Semistrukturiertes Interview, geführt am
9.2.2017 in Pretoria
- ⁸ Ebd.
- ⁹ Gordhan, Pravin (2016): *2016 Budget Speech*,
Pretoria: National Treasury
- ¹⁰ Datenbank der UNESCO, zuletzt abgerufen am
7.2.2017 unter
<http://data.uis.unesco.org/?queryid=181#>; je-
weils aktuellste Daten